Pressemitteilung des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. (FPR)
Potsdam, 21.07.2025

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. verurteilt das diskriminierende Vorgehen bei der Richter*innenwahl am Bundesverfassungsgericht gegenüber Prof. Frauke Brosius-Gersdorf.

Der Frauenpolitische Rat Brandenburg wendet sich aufs Schärfste gegen die Art und Weise des politischen und öffentlichen Umgangs mit Prof. Frauke Brosius-Gersdorf im Rahmen der Richter*innenwahl zum Bundesverfassungsgericht.

In ihren Stellungnahmen und in ihrem Fernseh-Interview bei Markus Lanz (15.07.2025) stellte Prof. Frauke Brosius-Gersdorf noch einmal deutlich ihre rechtswissenschaftlich begründeten Positionen zu unterschiedlichen gesellschaftspolitisch kontrovers diskutierten Themen dar. Sie machte klar, dass ihre Positionen überwiegend von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen werden und eindeutig die Mitte unserer Gesellschaft abbilden.

Als Interessenvertretung für die Belange von Frauen und für Gleichstellung in Brandenburg verwehren wir uns gegen das von Falschmeldungen gekennzeichnete Hetzen von rechtskonservativen und rechtsextremen Social Media Plattformen sowie von Bundestagsabgeordneten der AfD. Ebenso verurteilen wir Beiträge von fundamentalistischen Vertretern der Kirche. Wir wenden uns auch gegen das verantwortungslose Agieren eines Teiles der Unionsabgeordneten in der Bundestagsfraktion, soweit sie darauf ausgerichtet sind, die Integrität der wissenschaftlichen Arbeit der international renommierten Kandidatin als auch der Person von Frau Brosius-Gersdorf zu beschädigen.

Die von Bundesinnenminister Dobrindt gewählte Formulierung von der „Überhöhung“ der Kandidatin ist nicht angemessen, denn es steht Richter*innen am Bundesverfassungsgericht zu, sich auch kritisch zu gesellschaftlich relevanten Themen zu äußern. Davon haben bereits zuvor Richter*innen am Bundesverfassungsgericht Gebrauch gemacht. Professorin Brosius-Gersdorfs öffentliche Wahrnehmung wird nicht zuletzt aufgrund der misslungenen Richter*innenwahl im Deutschen Bundestag verzerrt. Insbesondere ihre Position zum Schwangerschaftsabbruch, die darauf abzielt, Frauen vom Makel rechtswidrigen Handelns bei Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb der

ersten 22 Schwangerschaftswochen zu befreien, wird vom Frauenpolitischen Rat gemeinsam mit einer Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen.

Wir sehen den Umgang mit Prof. Brosius-Gersdorf exemplarisch für den strukturell sexistischen Umgang mit Frauen in der politischen Öffentlichkeit – insbesondere mit solchen, die sich klar gleichstellungspolitisch positionieren. Die Bewertung und Behandlung ihrer Person im Verfahren sendet ein fatales Signal an engagierte, fachlich exzellente Frauen in Wissenschaft, Recht und Politik.

Der Frauenpolitische Rat Brandenburg unterstützt weiterhin den gemeinsamen Wahlvorschlag Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf und geht davon aus, dass sich alle Mitglieder der demokratischen Fraktionen des Deutschen Bundestages der ihnen vom Grundgesetz zugewiesenen Verantwortung für die Wahl der Richter*innen des Bundesverfassungsgerichts bewusst sind.

Hintergrund

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. (FPR) ist ein Zusammenschluss von derzeit 26 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg. Wir sind partei- und konfessionsübergreifend und vertreten die Interessen von ca. 300.000 organisierten Frauen im Land. Gemeinsam setzen wir uns für politische Chancengleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter ein.

Kontakt

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V. (FPR)

Alter Markt 6 | 14467 Potsdam

Telefon (0331) 280 35 81

E-Mail: kontakt@frauenpolitischer-rat.de | Internet: www.frauenpolitischer-rat.de